

Mehr Osnabrücker Land!

Kommunalwahlprogramm
für den Landkreis Osnabrück



LANDKREIS
OSNABRÜCK



AfD Kreisverband Osnabrück

1 | Leben im Landkreis Osnabrück

1.1 Familie	5
1.2 Kinder und Jugendliche	5
1.3 Familie und Beruf	5
1.4 Unterstützung Alleinerziehender	5
1.5 Wohnungspolitik	5-6
1.6 Senioren	6
1.7 Zuwanderung und Asyl	6-7
1.8 Öffentliche Sicherheit und Ordnung	7

2 | Bildung im Landkreis Osnabrück

2.1 In Schulen investieren	7-8
2.2 Förderschulen erhalten	9
2.3 Berufsorientierung verbessern	9

3 | Ehrenamt, Sport und Kultur

3.1 Ehrenamt	9
3.2 Sport	10
3.3 Kultur	10
3.4 Tourismus	10

4 | Verwalten im Landkreis Osnabrück

4.1 Moderne Verwaltung	10-11
4.2 Finanzen	11
4.3 Ansiedelung von Unternehmen	11
4.4 Bürokratieabbau	11

5 | Mobilität im Landkreis Osnabrück

5.1 Straßen	11
5.2 Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV)	11
5.3 Schienenwege und Schienenpersonennahverkehr (SPNV)	12
5.4 Schülerbeförderung	12
5.5 Breitbandausbau	12

6 | Schöpfung bewahren im Landkreis Osnabrück

6.1 Umwelt-, Klima-, Wasserschutz	12-13
6.2 Energie	13
6.3 Landwirtschaft	13
6.4 Forstwirtschaft	13
6.5 Verbraucherschutz	13-14
6.6 Abfallentsorgung	14

7 | Leben im Landkreis Osnabrück

Präambel

Deutschland braucht Mut. Die Region Osnabrück braucht Mut. Alternative für Deutschland.

Verehrte Wählerin,
Verehrter Wähler,

Die Alternative für Deutschland (AfD) ist die Bürgerbewegung vieler besorgter und verantwortungsbewusster Bürger aus der Mitte der Gesellschaft, die sich auf allen Handlungsebenen in der Bundesrepublik Deutschland (Bund, Länder, Kommunen) gebildet hat, um den gravierenden Fehlsteuerungen, einer von vielen als Entmündigung empfundenen Verselbständigung der etablierten Führungseliten Widerstand entgegen zu setzen.

Wir sind für alle Menschen da, unabhängig von Herkunft, Religion, Neigung und Aussehen die sich zur deutschen Kultur und Lebensweise bekennen und die folgenden Werte vertreten: Geradlinigkeit, Gerechtigkeitsinn, Ehrlichkeit, Disziplin, Pünktlichkeit, Ordnungssinn, Fleiß, Pflichtbewusstsein und Leistungsbereitschaft.

Unser Landkreis ist in der Entwicklung Deutschlands und Europas eine geschichtsträchtige Region. Einer der wichtigsten Beiträge ist der im Jahre 1648 geschlossene Westfälische Friede. Dieser Friedensvertrag beendete den dreißigjährigen Krieg zwischen Münster und Osnabrück sowie den achtzigjährigen Unabhängigkeitskrieg der Niederlande. Bis zur französischen Revolution dieser allgemeine Friede – die pax universalis - immer wieder Vorbild für Friedensschlüsse, der damit zur gesamteuropäischen Stabilität beitrug.

Heute rühmt sich der Landkreis mit Wohlstand und Arbeitsplätzen. Viele Arbeitgeber aus den großen Branchen z.B. der Metall- und Holzverarbeitung, der Automobilindustrie, der Lebensmittelindustrie und dem Dienstleistungssektor haben sich in der Region niedergelassen. Die Arbeitslosenquote lag im April 2019 bei 2,9%.

An diese großartigen Beiträge wollen wir anknüpfen. Die Alternative für Deutschland ist die neue politische Kraft im 21. Jahrhundert in allen Bundesländern der Bundesrepublik Deutschland, im Deutschen Bundestag sowie im Europäischen Parlament, die die Interessen der Familien und der arbeitenden Bevölkerung in den Fokus der Politik stellen und das ideologische Schubladendenken vergangener Jahrzehnte beenden wird.

Wir sind Osnabrücker, die mit Sorge sehen, wie die überkommenen Parteien auch im Landkreis Osnabrück durch Inkompetenz, Vetternwirtschaft und ideologische Verblendung für Fehlentwicklungen sorgen, an denen die Bevölkerung lange zu tragen haben wird. Beispielhaft wollen wir hier die weiter verfallende Infrastruktur der öffentlichen Schulen, die Wohnungspolitik, die beängstigende Entwicklung der regionalen Krankenhausversorgung im ländlichen Raum Region Osnabrück sowie die Kriminalitätsentwicklung nennen.

Die aktuelle Asylpolitik -in der eine planlos agierende Bundesregierung Deutschland in Europa isoliert und vorführt, getragen von Parteien, die sich wie Lemminge im Windschatten ihrer Führung bewegen bzw. in Schockstarre verharren- wird diese Entwicklungen weiter massiv verschärfen.

Auch die Osnabrücker Öffentlichkeit stellt sich zu Recht die Frage, warum die Altparteien für die wenig Erfolg versprechende Zuwanderung orthodoxer (überwiegend männlicher) afrikanischer und arabischer Muslime im großen Stil Infrastruktur und Finanzmittel zur Verfügung stellt, die vorher den oben genannten Zwecken vorenthalten worden sind.

Die Alternative für Deutschland ist die mutige, neue und basisdemokratische Volkspartei, in der alle Berufsgruppen und Bildungsniveaus gleichberechtigt zusammen wirken. Wir richten uns grundsätzlich an alle Menschen in der Stadt und Region Osnabrück, die das Empfinden und die daraus resultierenden Erfahrungen zum gegenwärtigen Politikversagen teilen und sich unser Land nicht von einer ideologisierten Minderheit zerstören lassen wollen.

**Unterstützen Sie uns.
Machen Sie Deutschland wieder zu Ihrem Land und Osnabrück zu Ihrer Region.
Dieses Programm gilt zur programmatischen Neuausrichtung
der AfD Osnabrück (Landkreis).**

1.1 Familie

Die Familie ist gemäß Art. 6 des Grundgesetzes und der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte die natürliche Grundeinheit der Gesellschaft, um die sich alle weiteren Gesellschaftsbereiche entwickeln. Daher muss eine gestaltende Politik im Zentrum in der Familienpolitik finden. Diese muss stets primär die traditionelle Familie im Fokus haben und darf nicht über die Wirtschafts- und Gleichstellungspolitik definiert werden.

Die Familie ist als Keimzelle der menschlichen Gesellschaft auf die Weitergabe von Leben ausgerichtet und schafft Zusammenhalt.

Die AfD Osnabrück setzt sich dafür ein, dass sämtliche Handlungen auf den Ebenen der Kommune, des Landes und des Bundes auf Auswirkungen und Verträglichkeit gegenüber Familie überprüft wird und bei der Umsetzung entsprechend Berücksichtigung findet.

1.2 Kinder und Jugendliche

Für Kinder ist es wichtig, im Kontakt mit anderen Kindern aufzuwachsen. Kindergärten und Kindertagesstätten unterstützen und fördern das Erlernen sozialen Verhaltens. Zudem führen sie Kinder spielend aber zielgerichtet an die Schule heran und ermöglichen damit einen ersten Schritt der Bildungschancen. Daher fordert die AfD, dass der Besuch Kindergärten und Kindertagesstätten für alle kostenlos ist.

Die AfD setzt sich gleichzeitig dafür ein, dass Eltern frei zwischen einer Kinderbetreuung im Elternhaus oder einer Kindertagesstätte wählen können. Nur diese Wahlfreiheit garantiert Familien, die für sie optimalste Kinderbetreuung sicherzustellen.

1.3 Familie und Beruf

Die AfD Osnabrück setzt sich für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein. Generell müssen Arbeitsbedingungen familienfreundlich werden. Dazu müssen insbesondere auch in ländlichen Regionen und Dörfern Arbeitsplätze geschaffen und gehalten werden.

1.4 Unterstützung Alleinerziehender

17 Prozent der 12,9 Millionen Kinder unter 18 Jahren leben in Alleinerziehenden Haushalten. In 9 von 10 Fällen ist der alleinerziehende Elternteil die Mutter. Annähernd 40 Prozent dieser Haushalte sind auf staatliche Grundleistungen (SGB II) angewiesen. Das sind (Stand 2012) 625.000 Bedarfsgemeinschaften von Alleinerziehenden. Die AfD Osnabrück fordert Hilfe bei der Integration in flexible Arbeitsverhältnisse.

1.5 Wohnungspolitik

Im Landkreis Osnabrück kann eine Zunahme an Bedarfsgemeinschaften nach dem SGB XII festgestellt werden. Setzt sich dieser Trend fort, werden im gesamten Landkreis bis zum Jahr 2035 jährlich rund 450 bezahlbare Wohnungen zusätzlich gebaut werden müssen. Diese Anzahl berücksichtigt Dauerarbeitslose, freizügigkeitsberechtigte EU-Bürgern mit Sozialhilfeansprüchen sowie zunehmend auch Migranten.

Die AfD Osnabrück setzt sich dafür ein, bezahlbaren Wohnraum vorrangig Bundesbürgern welche Sozialhilfe empfangen sowie berechtigten EU-Bürgern zur Verfügung zu stellen ist. Gleichzeitig fordern wir, Migranten keinen Wohnraum im Sinne einer Bedarfsgemeinschaft zur Verfügung zu stellen.

Nur so kann verhindert werden, dass mittelfristig unabsehbare soziale und kulturelle Probleme in einzelnen Kommunen des Landkreises entstehen. Wir sprechen uns dafür aus, dass stets die soziale Balance der Kommunen im Auge behalten wird.

So sollen Anwohner ein Mitspracherecht erhalten, wenn die Stadtverwaltung in ihrer Umgebung ein Asylbewerberheim errichten möchte. Was bei Infrastrukturvorhaben zu Recht üblich ist, nämlich die Beteiligung der Bürger, sollte auch bei der Einrichtung von Asylbewerberheimen gelten.

Die AfD Osnabrück fordert daher:

- ➔ Eine kommunale Wohnungsbaugesellschaft, die die Interessen der dort bereits ansässigen einheimischen Bevölkerung in den Vordergrund stellt, auch hinsichtlich der Förderung des sozialen Wohnungsbaus.
- ➔ Die Beibehaltung der Wohnheim-Unterbringung der Asylbewerber bis zum Abschluss der zu beschleunigenden Asylverfahren.
- ➔ Eine gesteuerte Eingliederung von Migranten in die kreiszugehörigen Kommunen nach Maßgabe sozialer Aufnahmekriterien.
- ➔ Der Landkreis Osnabrück trägt dafür Sorge, dass abgelehnte Asylbewerber zügig und konsequent abgeschoben werden, damit Wohnraum frei wird.
- ➔ Bereitstellung städtischer Grundstücke für bezahlbaren Wohnraum insbesondere für Familien und Senioren.
- ➔ Nachverdichtung freier Flächen innerorts sowie Förderung der Aufstockung von Wohneinheiten.
- ➔ Keine enteignungsgleichen Eingriffe der öffentlichen Hand gegenüber den Wohnungs- und Hauseigentümern, um Ihnen das Nutzungsrecht zu entziehen und es dann den Migranten und Asylbewerbern zur Verfügung zu stellen.
- ➔ Einbindung der Anwohner in Bauvorhaben.

1.6 Senioren

Obleich der materiellen Situation eines großen Teils der Senioren auch im Raum Osnabrück überwiegend gut ist, viele ältere Menschen aktiv und selbstbestimmt ins soziale Miteinander eingebunden sind, zeichnen sich vielfach gravierende Fehlentwicklungen ab. Wenn Menschen in Pflegesituationen geraten, sind die einem frühkapitalistischen Wettbewerbsmarkt ausgeliefert.

Die AfD Osnabrück fordert daher:

- ➔ Ausweitung von Maßnahmen, mit denen die Sicherheit gerade älterer Menschen im öffentlichen Raum und im ÖPNV erhöht wird.
- ➔ Stärkung von Maßnahmen zur Förderung der Selbstbestimmung und Teilnahme von Senioren am kommunalen Leben etwa durch Ausbau von Wohngemeinschaften für Senioren und Mehrgenerationshäusern.
- ➔ Schaffung einer kommunal finanzierten Pflegeüberleitung nach Vorbild des „Konzept Pflegeüberleitung München“.

1.7 Zuwanderung und Asyl

Die andauernde Zuwanderung, der Familiennachzug und unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (UMA) stellt die Bevölkerung des Kreises nach wie vor, vor große Herausforderungen. Die Volkswirtschaft leidet weiterhin auch unter der Einwanderung in die Sozialsysteme. 2017 waren im Landkreis Osnabrück 352 ausreisepflichtige Flüchtlinge und 160 minderjährige Flüchtlinge registriert. **Jeder UMA kostete den Bürger des Landkreises hierbei monatlich 4.750,00 €.**

Die AfD Osnabrück möchte diese Missstände beenden und fordert:

- ➔ Obligatorische Altersuntersuchungen.
- ➔ Den ausnahmslosen Übergang ins Asylverfahren bei Erreichen der Volljährigkeit.
- ➔ Die Schaffung der rechtlichen und technischen Voraussetzungen, damit alle Behörden übergreifend kürzester Zeit feststellen können, ob eine Person schon andernorts unter abweichenden Personalien registriert ist.
- ➔ Zügige und effiziente Abschiebung abgelehnter Asylbewerber.

1.8 Sicherheit

Die Anzahl von Wohnungseinbrüchen im Landkreis Osnabrück sind rückläufig, trotzdem ist und bleibt die Aufklärungsquote gering. Die Hälfte der Einbrüche ist als Folge der offenen Grenzen organisierten Banden aus Süd-Ost-Europa zuzurechnen, deren Verfolgung besonders schwierig ist. Die Summe aller Straftaten beeinträchtigt die Sicherheit und das Lebensgefühl der Menschen. Um die Sicherheit der Bürger zu verbessern, brauchen wir eine größere Präsenz sowohl der Polizei als auch des kommunalen Ordnungsdienstes.

Die AfD Osnabrück fordert daher:

- ➔ Polizei und Ordnungsdienst endlich mehr Personal und finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt werden. Die Polizei muss sich bei der Verbrechensbekämpfung und Aufklärung der rückhaltlosen Unterstützung der Kommunalpolitik sicher sein. Ein härteres Durchgreifen gegen gewaltbereite Straftäter ist erforderlich, um die Bürger, ihr Eigentum, aber auch die Hüter des Gesetzes selbst, zu schützen. Gefährdete Wohngebiete mit

überdurchschnittlich vielen Einbrüchen sollen durch verstärkte Streifenfahrten, gegebenenfalls durch einen Ordnungsdienst geschützt werden.

- ➔ Straftaten –auch die von Minderjährigen– müssen in Zukunft schneller abgeurteilt bzw. final entschieden werden. Ausländische Straftäter, die ihr Gastrecht missbrauchen, sollten schneller ausgewiesen werden und deren Rückkehr nach Deutschland verhindert werden. Die Rechtsprechung nimmt jedoch häufig zu sehr Rücksicht auf Befindlichkeiten von Straftätern.

- ➔ Polizei und Richter brauchen mehr öffentliche Anerkennung und leistungsgerechte Bezahlung. Wir brauchen ehrliche Statistiken über die Zahl der Straftaten und die Herkunft der Täter, damit wir über Lösungen offen debattieren können – ohne Rücksicht auf die „Politische Korrektheit“.

- ➔ Wir fordern, dass die unsägliche Praxis beendet wird, Spitzenpositionen bei der Polizei (in jeder Verwaltung und in öffentlich geführten Unternehmen) nach dem Parteibuch zu besetzen. Es gilt ausschließlich die Eignung für die Position.

- ➔ Die Ansprüche der Bürger vor Gericht sollten zeitnah behandelt werden.

2 Bildung

Bildung ist unser höchstes Gut. In ihr spiegelt sich unsere Kultur, sie gibt uns Identität und ist die Quelle unseres wirtschaftlichen Erfolgs wie auch des Ansehens, das unsere Wirtschaft Wissenschaft in der Welt genießt. Darauf können wir stolz sein, dürfen uns auf dem Erreichten aber nicht ausruhen, denn unser Bildungssystem ist akut bedroht.

Das Leistungsniveau sinkt schon seit Jahrzehnten auf allen Ebenen, ideologische Experimente zehren an der Substanz, und im Namen der Internationalisierung wird unser einst von Freiheit geprägtes Bildungswesen in ein bürokratisches Korsett gezwungen. Hinzu kommt, dass sich föderale Strukturen gegenseitig blockieren. Bildung ist Sache der Länder, die Kindergärten sind Sache der Kommunen.

Durch fehlende klare und einfache Kriterien bei der Leistungsbewertung spielen das Ansehen und der Geldbeutel der Eltern für den Bildungserfolg oft eine größere Rolle als die Begabung des Kindes.

Unsere Bildungspolitik will all diesen Missständen durch einen Kraftakt abhelfen und dem deutschen Bildungswesen wieder zu alter Stärke verhelfen. Wir bekennen uns zum Leistungsprinzip, zum Humboldt'schen Bildungsideal und zum unverwechselbaren Charakter unseres Bildungssystems. Es darf nicht nur Fakten- und technisches Wissen vermitteln, es muss auch eine Förderung der sozialen Kompetenz erfolgen, es muss auch Sinn stiften, zu Tugenden wie Fleiß und Disziplin erziehen und dafür sorgen, dass junge Menschen wieder bereit sind, hart an sich zu arbeiten.

Die AfD Osnabrück fordert daher:

➔ Chancengleichheit, wie wir sie verstehen, heißt nicht, dass möglichst viele mit möglichst hohen Bildungsabschlüssen auszustatten sind; Chancengleichheit heißt, dass jeder, der über die notwendige Begabung verfügt, die gleiche Chance hat, einen Bildungsabschluss zu erwerben. Chancengleichheit bedeutet auch, dass wir bundesweit zum dreigliedrigen Schulsystem mit einer starken Hauptschule zurückkehren müssen und die Abschlussprüfungen bundesweit einheitlich sind, sodass die schon seit Jahren andauernde Ungerechtigkeit, dass etwa ein Bremer

Abiturient mit seinem Wissen ca. 3 Jahre hinter einem bayerischen zurückliegt, endlich aufhört.

➔ Leistungsorientierung und Differenzierung sind wichtige Bestandteile eines schulischen Bildungswesens. Gymnasien, Real-, Haupt- und Förderschulen sind insgesamt bewährte Bestandteile des gegliederten Schulsystems mit hoher Wertschätzung. Die AfD fordert den Erhalt des gegliederten Schulsystems und unterstützt einen sinnvollen Ausbau des Grundschulangebotes durch Förderunterricht, Hausaufgabenbetreuung, Arbeitsgemeinschaften und Sportförderung.

➔ Die AfD Osnabrück begrüßt die Rückkehr zum Abitur nach 13 Schuljahren als Gestaltungschance für unsere Gymnasien. Die von der rot-grünen Landesregierung in diesem Zusammenhang derzeit betriebene Absenkung der Qualitätsniveaus lehnen wir ab (nur noch eine Klausur pro Fach pro Halbjahr u.a.).

➔ Das Beherrschen der deutschen Sprache ist zentrale Voraussetzung für die erfolgreiche Integration in das Schul- und Bildungssystem. Die AfD fordert daher, dass schulpflichtige Kinder mit nicht ausreichenden Deutschkenntnissen verpflichtend zum Erwerb der deutschen Sprache geschult werden, um deren Integration zu erleichtern und den Lernerfolg möglichst aller Schüler zu ermöglichen. Wir fordern auch den Erhalt der Schreifschrift und damit einen moderaten Umgang mit digitalen Medien im Lernprozess (Powerpoint-Präsentationen u.a.).

➔ Wir fordern die konsequente Förderung und Talentsuche für Schüler, sowie die Förderung und Ausbildung entsprechender Lehrer.

2.1 In Schulen investieren

Während der Landkreis Osnabrück Millionen Euro für die Unterbringung von Asylbewerbern ausgibt, zerfällt die Bildungsinfrastruktur in der Region.

Schuldirektoren, Eltern und die Opposition beklagen einen massiven Sanierungsstau an den Schulen in Trägerschaft des Landkreises und den Samtgemeinden: Einsturzgefährdete Gebäudeteile, uralte Toiletten, zu wenig Räume, wobei alle wissen, dass die Lernumgebung das Lernen maßgeblich mit bestimmt.

Die AfD Osnabrück fordert daher:

➔ Investitionen in die Sanierung der 40 bis 50 Jahre alten Gebäude sind vorrangig durchzuführen.

2.2 Förderschulen erhalten

Kinder mit Lernschwierigkeiten und sonstigem Förderbedarf benötigen eine besondere Betreuung, um sich optimal entwickeln zu können. Dies ist nur in einer speziellen Fördereinrichtung möglich.

Wollte man Inklusion, also die Unterrichtung von Kindern mit Förderbedarf in einer gewöhnlichen Schule, betreiben, müsste man die Schülerzahlen je Lehrkraft stark senken, die Fachlehrerzahl stark erhöhen und die Weiterbildung von Nicht-fachlehrern deutlich ausbauen. Dies ist unter den jetzigen finanziellen Rahmenbedingungen nicht umsetzbar. Wir treten deshalb für den Erhalt der bewährten Förderschulen ein und lehnen das ideologisch motivierte Großexperiment „Inklusion“ ab.

2.3 Berufsorientierung verbessern

Die steigenden Abbrecherquoten in der Ausbildung sind unter anderem auf eine unzureichende oder nicht zielgerichtete Information der Interessenten zurückzuführen. Deshalb fordern wir

einen deutlichen Ausbau von Berufsorientierungsmaßnahmen, die der dualen Ausbildung vorgeschaltet sind, wie etwa Schnupperpraktika, Betriebsvisiten und individuelle Beratung durch die Arbeitsagentur. Danach können die Jugendlichen viel besser einschätzen, welchen Beruf sie wählen möchten.

3 Ehrenamt, Sport und Kultur

Der Landkreis Osnabrück gehört zu den Kultur- und Naherholungsgebiete Deutschlands. Insbesondere die Kultur ist die zentrale Klammer, in der sich auch ein neues Politikverständnis sehen muss. Unser aller Identität ist vorrangig kulturell determiniert. Sie kann nicht dem freien Spiel der Kräfte ausgesetzt werden. Vielmehr soll ein Bewusstsein gestärkt werden, welches kulturelle Verbundenheit wahrnimmt, fördert und schützt. Für die AfD Osnabrück ist der Zusammenhang von Bildung, Kultur und Identität für die Entwicklung der Gesellschaft von zentraler Bedeutung.

3.1 Ehrenamt

Freiwillige Feuerwehren, Vereine und Initiativen sollen als maßgebliche Säulen einer intakten Gemeinschaft vor allem im ländlichen Raum über das bisherige Maß hinaus gestärkt werden. Sie sind ein wichtiger Faktor für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Entwicklung der Gemeinden. Dabei geht es nicht allein um direkte Finanzaufweisungen nach dem Gießkannenprinzip, sondern um die Einführung von abgestuften Belohnungssystemen für ehrenamtliches Engagement. Soweit dieses Engagement durch bürokratische Hürden behindert wird, sind Vereinfachungen zu prüfen.

Die AfD Osnabrück erkennt auch ehrenamtliche politische Tätigkeit in besonderem Maße an und stellt sich voll hinter die Forderung des Städte- und Gemeindebundes, dass für Aufwandsentschädigungen ehrenamtlich Tätiger keine Sozialabgaben zu entrichten sind.

3.2 Sport

Viele Menschen leiden in zunehmendem Maß unter Übergewicht und Bewegungsarmut, was eine Reihe von gesundheitlichen Folgeschäden nach sich zieht. Sport wirkt dem entgegen, stärkt das Selbstbewusstsein, vermittelt soziale Kompetenzen und fördert auch die geistige Leistungsfähigkeit. Gerade auch für den Zusammenhalt unter Menschen mit unterschiedlichen Wurzeln sind Mannschaftssportarten ideal geeignet, um eine Integration zu ermöglichen. Nichts eint so sehr wie gemeinsame Aufgaben und Ziele!

Die Kompetenzen der Kommunalpolitik im Sportbereich beschränken sich jedoch auf eine Koordinierungs-, Förderungs- und Unterstützungsfunktion.

Für Osnabrück als Sportregion ist es wichtig, Breiten- wie Spitzensport zu fördern, denn erfolgreicher Spitzensport führt zu mehr Sport in der Breite, aus dem sich bei Talent und Willen, der nächste erfolgreiche Spitzensportler herauschält. Osnabrück bietet dafür sehr gute Voraussetzungen.

Getragen wird dies alles mit Stand vom 01.01.2019 von 301 Sportvereinen (ohne Stadt) mit rund 115.157 Mitgliedern. Diese Breite ist trotz der eventuell dagegen stehenden Demografie zu erhalten. In der Spitze sollte es der Anspruch des Landkreises sein, mit einem Verein in der jeweils höchsten Leistungsklasse vertreten zu sein.

3.3 Kultur

Ein hochwertiges und breites kulturelles Angebot trägt zur Lebendigkeit unserer Gesellschaft bei und fördert die Lebensqualität. Ein vielfältiges kulturelles Angebot ist auch ein wichtiger wirtschaftlicher Standortfaktor für die Regionen und Kommunen des Landkreis Osnabrück. Dabei wird auch von der breiten Verankerung des Ehrenamts profitiert.

Aus diesem Grund wollen wir Museen und die Heimatbünde weiter unterstützen, welche zu einer breitgefächerten Verankerung der Kultur in der Gesellschaft des Landkreises beitragen.

„Museum & Park Kalkriese“, Kreismuseum Bersenbrück, Volkshochschule, Kreismusikschule und „Osnabrücker Landschaft“ sind wichtige Bausteine des kulturellen Lebens – diese Einrichtungen möchte die AfD Osnabrück weiter stärken.

3.4 Tourismus

Wir als AfD sind uns der Verantwortung für die Arbeitsplätze und für die Weiterentwicklung dieses Wirtschaftssektors bewusst und richten unser Handeln darauf aus, den politischen Rahmen so zu setzen, damit die in der Region Osnabrück prosperierende Tourismusbranche weiter gestärkt und bestehende Arbeitsplätze gesichert und neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Im Jahr 2018 konnte im Vergleich zum Jahr 2016 ein Anstieg von 11% anreisender Touristen im Landkreis Osnabrück verzeichnet werden. Diesen Trend wollen wir weiter fortsetzen.

Die AfD Osnabrück setzt sich daher für den Ausbau der Infrastruktur in den Urlaubsregionen des Landkreises ein und möchte gleichzeitig die Kurorte sowie die Region rund um den Alsee stärken.

4 | Verwalten im LK Osnabrück

Die Verwaltung im Landkreis Osnabrück ist weitestgehend effizient und bürgernah. Wir bedanken uns bei den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes für Ihre hervorragende Arbeit zum Wohl der Bürger. Damit die Leistungsfähigkeit der Verwaltung auch für die Zukunft gesichert ist, legt die AfD besonderen Wert auf eine kontinuierliche Weiterentwicklung.

4.1 Moderne Verwaltung

Die AfD Osnabrück möchte die Digitalisierung der Verwaltung im Landkreis Osnabrück vorantreiben und flächendeckenden Onlineservices für die Bürgerinnen und Bürger anbieten. Hierzu gehört der direkt Anschluss an das Glasfasernetz, leistungsstarke Computer und Server für die Verwaltung und kontinuierliche Fortbildungen für die Verwaltungsmitarbeiter.

4.2 Finanzen

Die AfD Osnabrück strebt den Behalt der ausgeglichenen Haushalten an und befürwortet die schrittweise Rückführung der ausgeufernten öffentlichen Verschuldung. Nachfolgende Generationen sollen nicht die Folgen der bisherigen kurzsichtigen Schuldenpolitik auferlegt werden.

4.3 Ansiedlung von Unternehmen

Die AfD Osnabrück möchte Anreize schaffen, damit Unternehmen ihre Produktionsstätten in ländliche Gebiete verlagern und Firmen-Neugründer ermutigt werden, in ländlichen Gebieten ansässig zu werden.

4.4 Bürokratieabbau

Die beste und zugleich preiswerte Wirtschaftsförderung ist nach Meinung der AfD eine Reduzierung des bürokratischen Aufwandes, sei es bei Investitionsprojekten, in der Buchhaltung oder bei Publizitätspflichten für kleine AGs.

Die AfD Osnabrück fordert daher:

- ➔ Die Vereinfachung bürokratischer Vorschriften.

5 Infrastruktur im LK Osnabrück

Als Wirtschaftsstandort Region Osnabrück sind leistungsfähige und sichere Verkehrswege sowie eine gute Infrastruktur von großer Bedeutung. Die aktuelle Situation, eine Folge von jahrzehntelangem Altparteien-Missbrauch, ist in vielen Bereichen mehr als unbefriedigend. Ob Verkehrswege (Wasser Straße, Schiene) und Netze (Strom, Internet, Wasser/ Abwasser).

Die AfD Osnabrück fordert daher:

- ➔ Wesentliche Erhöhung der Investitionen, um den gewaltigen Rückstau zu beenden.
- ➔ Aus- statt Neubau der bestehenden Netze.
- ➔ Zügiger Lückenschluss der A33-Nord.

5.1 Straßen

Der Verschleiß und die Abnutzung von Straßen, überlastete Umleitungen und Staus im Straßenverkehr führen zu erheblichen volkswirtschaftlichen Kosten. Diese werden nicht selten durch schlechtes Baustellenmanagement und verzögerte Investitionen noch weiter in die Höhe getrieben. Gerade diese Mehrkosten müssen für Bürger und Unternehmen endlich berücksichtigt werden. Auch die Straßenbaubeiträge, welche immer noch bei Neubau oder Sanierung der kommunalen Straßen anfallen, stellen Anlieger häufig vor eine finanzielle Belastungsprobe.

Die AfD Osnabrück fordert daher:

- ➔ Ausschreibungen auf möglichst kurze Bauzeiten und geringe Verkehrsbehinderung auslegen
- ➔ Baustellenfreie Umleitungsstrecken.
- ➔ Vollständige Abschaffung der Straßenausbaubeiträge.

5.2 Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV)

Die AfD Osnabrück wird den Ausbau sogenannter Bürgerbusse vorantreiben. Eine logische Weiterentwicklung ist die Schaffung von Angeboten für flexible Ruf-Bus-Lösungen. Dadurch erschließen sich den Menschen weitere Einkaufsmöglichkeiten in Wohnortnähe. Das erweiterte Bürgerbus-Liniennetz erleichtert außerdem die medizinische Versorgung gerade von älteren Bürgern ohne eigenen PKW.

5.3 Schienenwege und Schienenpersonennahverkehr (SPNV)

Ein vernünftiges Konzept aus Schienen- und Straßengüterverkehr beinhaltet, dass neue Logistikzentren, Industrie- und Gewerbegebiete vorzugsweise in der Nähe bereits bestehender Schienenanschlüsse und Hauptverkehrswege errichtet werden. So können Belastungen für Bürger minimiert werden.

Im Bereich des SPNV setzt sich die AfD für Aufwertungen und Reaktivierungen der bestehenden Schienenverbindungen ein.

Die AfD Osnabrück fordert daher:

- ➔ Den Ausbau und die Takterhöhung der Strecken Quakenbrück - Osnabrück, Melle - Osnabrück und des „Haller Willem“.
- ➔ Eine Reaktivierung der Strecke der ehemaligen Teutoburger Wald-Eisenbahn zwischen Ibbenbüren und Gütersloh, da diese im Landkreis Bad Laer und Bad Iburg verbinden.
- ➔ Eine schrittweise Reaktivierung der Tecklenburger Nordbahn.

5.4 Schülerbeförderung

Die AfD setzt sich für die kostenlose Schülerbeförderung bis zum Ende der Schulzeit ein und fordert darüber hinaus die Beschränkung auf den Schulweg aufzuheben. Dies möchte die AfD auch vor dem Hintergrund der Chancengleichheit für Kinder, einer nachhaltigen Umweltpolitik und der Erhöhung der Verkehrssicherheit.

5.5 Breitbandausbau

Die AfD steht im Landkreis Osnabrück seit Jahren für einen konsequenten Breitbandausbau. Aus diesem Grund stehen wir hinter der gegründeten landkreiseigenen Telekommunikationsgesellschaft TELKOS.

Der Landkreis hat in Kooperation mit den Städten und Gemeinden bis 2018 einen zweistelligen Millionenbetrag aus kommunalen Mitteln investiert, um mehr Übertragungsgeschwindigkeit in die Fläche des Landkreises zu bringen. Diese Strategie werden wir weiter unterstützen, um immer mehr Haushalten und Unternehmen schnelles Internet zu ermöglichen.

Die AfD fordert daher, eine Übertragungsgeschwindigkeit von mindestens 1 GB zu erreichen und den technischen Standards regelmäßig anzupassen.

6 Schöpfung bewahren im

LK Osnabrück

Die AfD Osnabrück steht dafür, dass wir gegenüber nachfolgenden Generationen eine Verantwortung haben. Wir wollen eine intakte und vielfältige Natur erhalten. Eine gesunde Umwelt ist die Lebensgrundlage für alle Menschen und zukünftige Generationen. Naturschutz darf nicht zu Lasten der Menschen gehen.

Es muss in der Region Osnabrück Gebiete geben, in denen die Natur sich selbst überlassen bleibt. Diese nutzungsfreien Zonen sichern das Überleben von vielen seltenen Pflanzen und Tierarten.

6.1 Umwelt-, Klima-, Wasserschutz

Die AfD Osnabrück steht für Umwelt- und Naturschutz, der den Menschen nicht als Fremdkörper und Störenfried betrachtet, sondern in ein umfassendes so Handlungskonzept einbezieht. Wir lassen uns dabei von der Erkenntnis leiten, dass eine gesunde und artenreiche Umwelt die Lebensgrundlage für alle Menschen und zukünftige Generationen darstellt. Daher sind Vorkehrungen zu treffen, die Schutzgüter, wie Boden, Wasser, Landschaft, Tiere und Pflanzen, zu schützen.

Schwerpunkte der Umweltpolitik der AfD Osnabrück sind deshalb u.a., den Landschaftsverbrauch zu vermindern, die Schadstoffeinträge in Böden und Gewässer zu verringern und die Luftqualität zu verbessern. Auch ein effektiver Lärmschutz gehört dazu.

6.2 Energie

Die AfD Osnabrück lehnt den Neubau Stromtrassen und die Alternative der Erdleitungen insbesondere in der Nähe von Wohnsiedlungen im Landkreis ab. Wir setzen uns hingegen für den Ausbau der bestehenden Trassen ein.

Den weiteren Ausbau der Windenergie in der Region Osnabrück lehnen wir ebenfalls ab. Diese bringt mehr Schaden als Nutzen. Windenergieanlagen sind nur noch ausnahmsweise an Standorten zuzulassen, an denen keine Beeinträchtigungen für Menschen, Tiere oder das Landschaftsbild zu erwarten sind. Bei der Standortauswahl sind die Menschen vor Ort durch Bürgerentscheide zu beteiligen.

6.3 Landwirtschaft

Unsere gut ausgebildeten Landwirte müssen wieder in die Lage versetzt werden, von ihrem Einkommen den sozialen Standard ihrer Familien zu sichern und Investitionen für den Weiterbestand ihrer Höfe zu tätigen, denn sie müssen ihren Arbeitsplatz selbst finanzieren und für die nächste Generation bewahren.

Die AfD wird die Rahmenbedingungen für eine umweltgerecht produzierende mittelständische Landwirtschaft verbessern. Die ausufernde Bevormundung durch die EU-Bürokratie sowie bürokratische Überreglementierungen des Bundes und des Landes wollen wir beenden. Die Landwirte brauchen wieder mehr Entscheidungsfreiheit. Der Beruf des Landwirts muss wieder attraktiver werden und sein Ansehen in der Öffentlichkeit wieder an seinen gebührenden Platz gerückt werden.

Die AfD Osnabrück fordert daher:

- ➔ Die Sicherung der Grundbedürfnisse unserer Bevölkerung hat Vorrang. Wir wenden uns gegen die negativen Auswirkungen eines weltweiten Preisdumpings zu Lasten von Umwelt, Mensch und Tier.
- ➔ Unsere Landwirte tragen im Rahmen der Grundversorgung die Verantwortung für die Versorgung unserer Bevölkerung mit gesunden Lebensmitteln.
- ➔ Gesunde bäuerliche Familienbetriebe.
- ➔ Befreiung der Landwirte durch die Brüsseler Bürokratie und für die Rückkehr der Landwirtschaft in die nationale Verantwortung.
- ➔ Aufbau bzw. Die Wiederherstellung regionaler Strukturen zur Vermarktung und Veredelung bäuerlicher Produkte. Dazu gehören unter anderem auch mittelständische Schlachthöfe und Molkereibetriebe.
- ➔ Konsequente Begrenzung der Förderung landwirtschaftlicher Betriebe auf die ersten 150 ha pro Hof. Unterhalb dieser Grenze ist sie zu staffeln.

6.4 Forstwirtschaft

Die AfD Osnabrück steht dafür ein, den Schutz einzigartigen Natur- und Landschaftsräumen der Region Osnabrück auch weiter zu gewährleisten. Gemessen an der Fläche des Landkreises Osnabrück sind hierbei ca. 20% der Fläche Waldfläche. Diese wollen wir beibehalten und ggf. ausweiten. Die Ausweisung weiterer Schutzgebiete wie beispielsweise Naturparks, darf aber nicht zu einer schleichenden Enteignung der betroffenen Eigentümer führen.

6.5 Verbraucherschutz

Die AfD steht für den umfassenden Schutz der Bevölkerung ein. Wir fordern, die Wasseraufbereitung zu modernisieren und stetig zu verbessern.

Die Einleitung von Schadstoffen in den Wasserkreislauf muss durch vorbeugenden Gewässerschutz verringert werden, damit Trinkwasser in Zukunft nicht zu einer Gesundheitsgefahr für die Verbraucher wird. Daher wollen wir die kommunalen und dezentralen Wasserversorgungsbetriebe unterstützen. Privatisierungen und daraus folgende Kommerzialisierung der Grundversorgung mit Trinkwasser lehnen wir ab.

Auch Einsatz von Antibiotika ist in Anbetracht der Ausbreitung multiresistenter Keime möglichst gering zu halten. Die Tierhalter sind dafür verantwortlich, dass tierische Produkte frei von unzulässigen Medikamentenrückständen sind. Dies ist stichprobenartig zu überprüfen.

6.6 Abfallentsorgung

Die Einwohnerinnen und Einwohner des Landkreises sollen auf eine zuverlässige Müllabfuhr vertrauen können. Deshalb gründete der Landkreis die AWIGO als landkreiseigene Abfallgesellschaft, in Kooperation mit der privaten Wirtschaft. Anders als die öffentliche Hand, arbeitet die private Wirtschaft grundsätzlich gewinnorientiert. Daher lehnt die AfD Osnabrück das heutige Modell zu Lasten der Einwohner ab. Zur Kostenreduzierung und Preisstabilität fordern wir für unsere Wählerinnen und Wähler eine vollständige Rückführung des Abfallwirtschaftsbetriebes in die öffentliche Hand. Darunter fallen insbesondere die Tochterunternehmen AWIGO Recycling GmbH, AWIGO Logistik GmbH sowie REGOS Recyclinggesellschaft Osnabrücker Land mbH & Co. KG.

7 Kooperieren mit dem LK Osnabrück

Der Landkreis Osnabrück unterhält das landkreiseigene Unternehmen BEVOS. Aufgabe der BEVOS Beteiligungs- und Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH Landkreis Osnabrück (BEVOS GmbH) ist unter anderem die Gründung, der Erwerb und die Verwaltung von Unternehmen und Unternehmensbeteiligungen sowie deren

Zusammenfassung unter einheitlicher Leitung. Außerdem die Durchführung des Rechnungswesens sowie alle damit zusammenhängenden Geschäfte für verbundene Unternehmen, Beteiligungen und sonstige Dritte und die Durchführung des Beteiligungsmanagements für den Landkreis Osnabrück sowie alle damit zusammenhängenden Geschäfte.

Die AfD Osnabrück setzt sich für den Verkauf der Geschäftsanteile der BEVOS am Flughafen Münster-Osnabrück ein. Die Fördermittel der Europäischen Union für Regionalflughäfen werden bis zum Jahr 2024 für Flughäfen unter 3 Millionen Passagieren jährlich gestrichen. Dem FMO droht damit, trotz zuletzt leicht gestiegener Fluggastzahlen, der finanzielle Ruin. Die AfD Osnabrück fordert im Sinne der Steuerzahler die drohende Haftung abzuwenden.

Die AfD Osnabrück fordert eine Neuausrichtung des Unternehmens ENERGOS Energiewirtschaft Landkreis Osnabrück GmbH. Gegenstand des Unternehmens heute ist die Planung, Projektierung, Errichtung und der Betrieb von Anlagen zur Erzeugung, Speicherung und Einsparung sowie Direktvermarktung erneuerbarer Energien (Wind, Solar, Geothermie oder andere erneuerbare Energien) sowie die Entwicklung der Infrastruktur von Netzen und Verteilsystemen vornehmlich im Bereich erneuerbarer Energien im Landkreis Osnabrück.

Die AfD Osnabrück fordert, dass Kerngeschäft auf die sichere und zuverlässige Energieversorgung zu fokussieren. Hierzu soll ENERGOS auch Energien aus fossilen Energieträgern vermarkten, dennoch die dezentrale Versorgung beachten und ausbauen. Bei der Entwicklung von Netzen und Verteilsystemen sollen vornehmlich bestehende Netze zunächst ausgebaut werden. Betroffene und interessierte Bürgerinnen und Bürger sind einzubeziehen und umfanglich zu informieren.

DIE HEIMAT BEWAHREN!

Vergesst die Normalität **nicht.**
IMMUNSYSTEM STÄRKEN.
ABER NORMAL.

AfD
www.afdosnabrueck.de



Alternative
für
Deutschland

KREISVERBAND **OSNABRÜCK**

IMPRESSUM / V.i.S.d.P.:
AfD Kreisverband Osnabrück
Bodo Suhren, Farnbrink 6, 49191 Belm-Vehrte
www.afdosnabrueck.de